

Schwerpunkt: Pressefreiheit und Rechtsextremismus

Iulia Bârză / Veronica Câmpian

Medienfreiheit im Schatten des Rechtsextremismus

Herausforderungen für rumänische Journalist*innen

Abstract: Die Studie untersucht das Verhältnis zwischen der extremen Rechten und den Medien in Rumänien und beleuchtet die damit verbundenen Spannungen, die die journalistische Arbeit beeinflussen. Das rumänische Mediensystem, das historisch durch autoritäre Kontrolle und später eine rasche Kommerzialisierung geprägt wurde, ist heute mit erheblichem politischem Druck, einer fragilen redaktionellen Unabhängigkeit sowie eingeschränkter wirtschaftlicher Stabilität konfrontiert. Theoretische Grundlage für den Beitrag ist die vergleichende Mediensystemforschung, u. a. wurde die Typologie von Hallin/Mancini (2004) herangezogen. Um die aktuelle Situation zu illustrieren, wurden Interviews mit zwei erfahrenen Journalistinnen geführt. Sie heben hervor, dass rechtsextreme Akteure die Pressefreiheit weniger durch offene Zensur, sondern durch Delegitimierung, Manipulation und Desinformation untergraben. Die Befragten berichten von feindseligen Beziehungen, die von Einschüchterung, verbaler Aggression und dem Ausschluss kritischer Medien geprägt sind. Gleichzeitig schwächen soziale Netzwerke als Hauptverbreitungswege extremistischer Narrative den traditionellen Journalismus. Dennoch gibt es auch Anzeichen von Resilienz: Journalist*innen reagieren mit gegenseitiger Solidarität, gründlicher Faktenprüfung und einem erneuten Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die extreme Rechte zwar ein Klima der Einschüchterung schafft, dieses jedoch zugleich kollektiven Widerstand von Journalist*innen auslöst. Um die Presse als demokratisches Schutzinstrument zu bewahren, sind strengere digitale Regulierungen, mehr Transparenz und die Förderung unabhängiger Medien unabdingbar.

Keywords: Rechtsextremismus, Medienfreiheit, Rumänien, Journalismus, Interviews

Aktuell wird in Rumänien darüber diskutiert, ob der Staat stärker regulierend eingreifen sollte, um Extremismus, Hassrede und Desinformation einzudämmen. Diese Maßnahmen sind z. T. aufgrund von EU-Vorgaben notwendig (z. B. EMFA, Digital Services Act), doch werden auch die aufgeheizte Stimmung in Rumänien und das Erstarken des Rechtsextremismus angeführt, wenn es um strengere Gesetze geht. Zugleich besteht die berechtigte Sorge, dass neue Gesetze missbraucht werden könnten, um legitime Meinungsäußerungen einzuschränken.

Während Medien im kommunistischen Regime vollständig von der Partei kontrolliert und oppositionelle Stimmen unterdrückt wurden (vgl. MARINCEA 2021: 221–222), setzte nach dem Sturz des Kommunismus 1989 ein tiefgreifender Wandel des rumänischen Mediensystems ein. Es entwickelte sich ein duales Rundfunksystem aus öffentlich-rechtlichen und privaten Medien. Der Medientransformationsprozess war geprägt von schneller Privatisierung, Pluralisierung und Ökonomisierung (vgl. BOTAN 2024: 3; SURUGIU/IONESCU 2018: 191). Das Ergebnis ist ein hybrides System, das gleichermaßen von Marktzwängen wie von politischem Einfluss geprägt ist.

In der vergleichenden Mediensystemforschung gilt Rumänien als Prototyp des polarisiert-pluralistischen Modells. Es ist nach Hallin und Mancini (2004: 98) durch einen ausgeprägten politischen Parallelismus, eine geringe Professionalisierung des Journalismus sowie eine starke staatliche Einflussnahme gekennzeichnet. Ausschlaggebend für diese Einordnung ist laut Bălăşescu et al. (2024: 15) vor allem das rumänische Privatfernsehen. Es dominiert sowohl den Zuschauer- als auch den Werbemarkt und verdrängt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zunehmend in eine marginale und finanziell unterversorgte Position. Getrieben vom Gewinnstreben setzt das Privatfernsehen vor allem auf Unterhaltungsformate und sensationsorientierte Nachrichten, um hohe Werbeeinnahmen zu erzielen. Die Eigentumsstrukturen sind häufig eng mit politischen und wirtschaftlichen Eliten verflochten, was politischen Einfluss und Klientelismus begünstigt. Dies führt zu einer deutlichen Einschränkung der redaktionellen Unabhängigkeit, sodass die Programmgestaltung oft stärker von den Interessen der Medienbesitzer geprägt ist als von den Prinzipien eines unabhängigen und objektiven Journalismus.

Dennis Mc Quail (2006: 51) benennt folgende grundlegende Aufgaben und Hauptfunktionen des Journalismus, die jeweils eine empirische und eine normative Komponente haben: »... acting as a observer and informant; providing a channel and forum for other voices outside the media themselves; playing a participant role in the society.« Qualitätsjournalismus setzt jedoch laut Gerli et al.

(2018: 22) bestimmte sozioökonomische Bedingungen voraus. Dazu gehören beispielsweise ein geringer Einfluss von Politik und Wirtschaft sowie ein hohes Maß an journalistischer Professionalität. Die Studie gelangt zu dem Schluss, dass Rumänien derzeit nicht die notwendigen Voraussetzungen für die Entwicklung eines breit aufgestellten, qualitativ hochwertigen Journalismus erfüllt.

Rumänien liegt 2025 auf Platz 55 von 180 im Press Freedom Index, was einen Rückschritt gegenüber dem Vorjahresplatz 49 darstellt (vgl. REPORTERS WITHOUT BORDERS 2025). Die NGO Reporter ohne Grenzen (2025) sieht die Medienunabhängigkeit in Rumänien insbesondere durch politische Eingriffe und fehlende Transparenz bei der Finanzierung der Medien gefährdet. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit der Medien sinkt dadurch. Politische Einflussnahme zeigt sich bei der Besetzung der Führungspositionen öffentlich-rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie des Nationalen Audiovisuellen Rates. Sie zeigt sich laut Boshnakova und Dankova (2023: 179f.) aber auch darin, dass mit dem Entzug von Inseraten der Parteien und öffentlichen Institutionen gedroht wird, auf die werbefinanzierte Medien angewiesen sind. Die häufig undurchsichtige Umleitung öffentlicher Gelder in parteinahe Medien führt zu Marktverzerrungen und beeinträchtigt die Kontrollfunktion der Medien erheblich (vgl. REPORTERS WITHOUT BORDERS 2025). Hinzu kommen weniger offensichtliche Versuche der Einflussnahme und des mehr oder weniger sanften Drucks auf die Redaktionen, die nicht ohne Folgen bleiben. Botan (2024: 2f.) erwähnt in diesem Zusammenhang den eingeschränkten Zugang zu Informationen, eine tendenziöse Berichterstattung und Selbstzensur. Das alles schwächt die Position des Journalismus als Garant des öffentlichen Interesses und als Wächter der Demokratie.

Als Antwort auf die zahlreichen Herausforderungen, mit denen die traditionellen rumänischen Medien konfrontiert sind, hat sich laut Bader und Sîrb (2022: 59) in den letzten zehn Jahren der unabhängige Journalismus, häufig als ›Alternative Presse‹ bezeichnet, als Gegenreaktion auf den Qualitäts- und Ethikverlust der etablierten Medien herausgebildet. Bei diesen Initiativen handelt es sich meist um kleinere Online-Plattformen, die ihre Unabhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Interessen betonen und sich ausschließlich dem öffentlichen Interesse verpflichtet sehen.

Die Entwicklung der alternativen Presse vollzieht sich in einem insgesamt schwierigen Nachrichtenmarkt, der durch veränderte Konsummuster geprägt ist. Der rumänische Markt für Nachrichten und Inhalte zu öffentlichen Angelegenheiten ist gemäß Botan (2024: 8) relativ begrenzt, da nur 59 Prozent der Bevölkerung Nachrichten konsumieren. Das ist verglichen mit dem europäischen Durchschnitt von 72 Prozent wenig. Das Fernsehen nimmt weiterhin eine dominierende Stellung bei der Ausstrahlung von Nachrichten und aktuellen Ereignissen ein, während die Printmedien einen signifikanten Rückgang der

Leser*innenschaft und Auflage verzeichnen. Im Jahr 2023 wurde ein historischer Tiefstand erreicht. Gleichzeitig erfreuen sich Online-Plattformen einschließlich sozialer Medien einer zunehmenden Beliebtheit und fungieren gegenwärtig als bevorzugte Nachrichtenquellen, was einen breiteren globalen Trend widerspiegelt.

Das Internet hat die Muster des Informations- und Nachrichtenkonsums laut Pentina und Tarafdar (2014: 221) grundlegend verändert. Mit einer ständig wachsenden Auswahl an Kanälen und Quellen sowie erweiterten Möglichkeiten zur Interaktion und Mitgestaltung setzen sich Rezipient*innen heute anders mit Nachrichten auseinander. Diese Entwicklung hat tiefgreifende Folgen: So sehen sich traditionelle Print- und Rundfunkmedien mit sinkenden Werbeeinnahmen konfrontiert, was die Qualität ihrer journalistischen Arbeit beeinträchtigt. Parallel dazu gewinnen Inhalte digitaler Kommunikationsplattformen, ob in Blogs, sozialen Medien oder politischen Foren an Bedeutung. Nutzer*innen werden dort nicht nur zu Produzent*innen von Inhalten, sondern übernehmen z. T. die Rolle von Kurator*innen, indem sie Inhalte gezielt auswählen, verbreiten oder ausblenden. Gleichzeitig führt die explosionsartige Vermehrung häufig unzuverlässiger Quellen zu einer Informationsflut, die leicht zu Überlastung, oberflächlichem Wissenserwerb und zur Verfestigung einseitiger Weltbilder beitragen kann (vgl. PENTINA/TARAFDAR 2014: 221).

Die gestiegene Popularität sozialer Netzwerke und das veränderte Medien-nutzungsverhalten deuten auf den tiefgreifenden sozialen Wandel, den die rumänische Bevölkerung derzeit durchlebt. Nicht wenige sind enttäuscht und haben das Vertrauen in die Politik verloren (vgl. LOVI 2025: 33). Die Skepsis resultiert aus der Wahrnehmung, dass die politische Elite die Belange der einfachen Bürger*innen aus den Augen verliert und nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht ist. Dieses Narrativ verbreiten insbesondere die rechtsextremen Parteien. Sie versprechen weitreichende Veränderungen und bieten sich selbst als Alternative zu den etablierten Parteien an. Dabei nutzen sie ihre eigenen Kanäle und Soziale Medien. Lovi (2025) meint, dass es in Rumänien noch immer an einer umfassenden Gesetzgebung zur Regulierung digitaler politischer Werbung und Falschinformationen auf Plattformen wie TikTok, Telegram und Facebook fehlt.

Wie Rechtsextremisten die Medien prägen: allgemeine Betrachtungen

Der Aufstieg radikaler rechter Parteien stellt eine der größten Herausforderungen für liberale Demokratien dar. Obwohl anfänglich als temporäres Phänomen betrachtet, hat sich die radikale Rechte als eine dauerhafte politische Kraft etabliert. Zeitgenössische radikale rechte Bewegungen unterscheiden sich

in erheblichem Maße von ihren historischen Vorgängern. Plesca und Vasilache (2024: 1f.) unterstreichen, dass in Westeuropa der Aufstieg dieser Parteien durch Nationalismus, Ausländerhass und Euroskepsis gekennzeichnet ist. In mehreren osteuropäischen Staaten, darunter auch EU-Mitglieder, ist der Vormarsch der Rechtsparteien mit einer Erosion demokratischer Standards verbunden. Dies zeigt sich unter anderem in Versuchen, die Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz sowie die Rechte von Minderheiten einzuschränken. Der Aufstieg dieser rechteextremen und rechtspopulistischen Parteien spiegelt häufig tief verwurzelte kulturelle und historische Konflikte wider, die gesellschaftliche Spaltungen verstärken und der Europäischen Union schaden können. Sie befürworten laut Mudde (2007: 6) das liberale demokratische System, halten sich an dessen Regeln und respektieren nach außen hin den Pluralismus. Diese Anpassung führt dazu, dass traditionelle Strategien der Ächtung und Marginalisierung unwirksam werden. Stattdessen ist es radikalen rechten Parteien gelungen, sich als Verteidiger der »wahren Demokratie« und als authentische Stimme der einfachen Bürger*innen zu präsentieren, die sich vom politischen Establishment vernachlässigt fühlen (vgl. EATWELL 2003: 226). Dieses Framing, das es den radikalen Rechten ermöglicht, sich als Verteidiger der Demokratie darzustellen, hat sich laut Betz und Johnson (2004: 311) als effektiv erwiesen, um die öffentliche Debatte hinsichtlich umstrittener Themen wie Einwanderung, Staatsbürgerschaft, Sicherheit, Recht und Ordnung zu beeinflussen und diese Themen auf die politische Agenda zu setzen. Hinter dieser demokratischen Fassade setzt die radikale Rechte jedoch weiterhin auf einen aggressiven Diskurs, der darauf abzielt, die Werte und Institutionen der liberalen Demokratie zu schwächen und zu untergraben, um sie durch eine alternative, autokratische politische Ordnung zu ersetzen. Was die zeitgenössische radikale Rechte besonders schwer definierbar macht, ist ihr doppelter Charakter, da sie sowohl demokratisch als auch extrem ist. Neu ist die Kombination aus öffentlichen Demokratiebekenntnissen und einer antiliberalen politischen Doktrin (vgl. PEDAHZUR/WEINBERG 2017: 242). Dieses Paradox ermöglicht der radikalen Rechten, innerhalb demokratischer Rahmenbedingungen zu agieren und gleichzeitig Ideen zu verbreiten, die als extremistisch und demokratiefeindlich eingestuft werden müssen (vgl. BETZ/JOHNSON 2004: 311).

Während Rechtspopulist*innen bei Wahlen zulegen, bleiben sie laut Kaiser et al. (2019: 424) weitgehend aus den etablierten, demokratischen Medien ausgeschlossen, wo journalistische Gatekeeping-Mechanismen die Verbreitung radikaler Ideologien einschränken. Anhänger*innen der extremen Rechten sehen darin eine Ausgrenzung und einen Beweis für die Voreingenommenheit der traditionellen Medien, was sie darin bestärkt, sich anderen Medien zuzuwenden. Digitale Kommunikationsplattformen ermöglichen es rechtsextremen Gruppen, traditionelle Gatekeeper zu umgehen, ihre Botschaften kostengünstig

zu verbreiten und eine radikalere Sprache zu verwenden, als dies in etablierten Medien möglich wäre. Neben Nachrichtenseiten und Blogs haben soziale Medien und Messenger-Dienste an Relevanz gewonnen. Sie fördern die Interaktion und Solidarität zwischen gleichgesinnten Communities und verstärken den rechts-extremen Diskurs (vgl. LOVI 2025: 31).

Ein wesentlicher Grund für die Überzeugungskraft populistischer Narrative liegt im gezielten Einsatz emotionaler statt rationaler Appelle. Populistische Kommunikation ist zumeist dramatisierend, apodiktisch, zugespitzt und emotional aufgeladen. Angst und Wut über tatsächliche oder vermeintliche Missstände werden bewusst geschürt und politisch instrumentalisiert, behauptet wird ein dringender Handlungsbedarf. Die Kommunikation erfolgt in einer vereinfachten, direkten und aggressiven Sprache, die an Boulevardmedien erinnert (vgl. REINEMANN et al. 2015: 15). Die Verbreitung von Desinformation, Verschwörungserzählungen und Schuldzuweisungen vertieft die Kluft zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (vgl. BOBOC/BACIU 2025: 28). Individuell werden politische Aussagen häufig so interpretiert, dass sie bestehende Vorurteile bestätigen und die Bindung an eine Partei weiter festigen (ZIMMERMANN/KOHRING 2020: 217)

Das Wissen darüber, an welche bereits vorhandenen Gefühlslagen und Einstellungen Rechtsextreme in ihrer Kommunikation anknüpfen und welche Art von populistischem Appell, welche Emotionen auslöst (vgl. WIRZ 2018), ist im Kampf gegen Rechtsextremismus entscheidend. Die Zunahme der von Populist:innen genutzten Medien und Kommunikationskanäle führt nicht nur zu einer schnellen Verbreitung von Nachrichten, sie begünstigt auch eine rasche Mobilisierung (vgl. BENNETT/LIVINGSTON 2018: 128).

Schwerpunkt Rumänien

Nach der Verfassungskrise 2024 und dem Aufstieg des pro-russischen Kandidaten Călin Georgescu gewann die rechtsextreme Bewegung in Rumänien an Stärke, was sich in einem erheblichen Anteil rechtsextremer und euroskeptischer Sitze im Parlament zeigte. Bălănescu und Petre (2025) betonen, wie dieser politische Umbruch die kulturellen und medialen Strukturen des Landes tiefgreifend veränderte. Das Vertrauen in den traditionellen Journalismus sank wegen undurchsichtiger Finanzierung und politischer Einflussnahme auf ein Rekordtief, zugleich wurden unabhängige Medien verstärkt von rechts-extremen Akteuren angegriffen. Der Vertrauensverlust verlagerte die öffentliche Debatte auf wenig regulierte soziale Medien, was wiederum Desinformation förderte. Bălănescu und Petre (2025) meinen, dass unabhängige Medien wichtige

Bollwerke gegen Autoritarismus und Extremismus sind, deren Einfluss jedoch durch die Angriffe geschwächt wird.

Rumänien hat keine ausgeprägte Tradition, die radikale Rechte zu isolieren. Nennenswert ist jedoch die Bereitschaft einiger demokratischer Parteien wie z. B. der liberal-konservativen PNL (Partidul Național Liberal = National Liberale Partei), die 2019 gegründete AUR (Alianța pentru Unirea Românilor = Allianz für die Union der Rumänen), die 2021 gegründete ultranationalistische und euro-skeptische s.o.s. Romania oder die POT (Partidul Oamenilor Tineri = Partei der jungen Menschen) auszugrenzen. Die AUR und POT sprechen vor allem jüngere Wähler*innen an; Wohnort und Einkommen sind weniger entscheidend als das Alter (BUCCI 2025: 13). Zusätzlich meint Bucci (2025: 13), dass die zunächst recht vage wirtschaftliche Agenda der AUR bei den letzten Wahlen stark von den libertären Botschaften Donald Trumps und Elon Musks beeinflusst wurde. s.o.s. Romania wird vorgeworfen, mit Russland eng verbunden zu sein. Die Stimmen dieser politischen Akteure sind im rumänischen Parlament lauter geworden und beschädigen Rumäniens Ansehen auf der europäischen Bühne (PLESCA/VASILACHE 2024: 90).

In diesem sehr angespannten politischen Kontext sind die Arbeitsbedingungen für Journalist*innen schwierig, ihre Sicherheit ist gefährdet. Es gibt Verleumdungskampagnen und Civicus Monitor (2022) berichtete darüber, dass die AUR auf ihrer Facebook-Seite eine Liste der »schädlichen und verlogenen Medien« veröffentlicht hatte. Auf der Liste standen Fernsehsender und Publikationen wie Digi 24, Antena 3, Realitatea TV oder *Newsweek* und prominente Journalist*innen wie Cristian Tudor Popescu und Lucian Mîndruță. Die Fälle politisch motivierter Schikane und die Angriffe gegen Journalist*innen häufen sich, insbesondere gegen diejenigen, die kritisch über rechte Politiker*innen oder nationalistische Gruppen berichten. Unabhängige und oppositionelle Stimmen sollen diskreditiert und zum Schweigen gebracht werden.

Die Angriffe auf Journalist*innen gehen auch von Unterstützer*innen der rechtsextremen politischen Gruppierungen aus. Civicus Monitor (2025) berichtet von Fällen, in denen rechtsgerichtete Demonstrant*innen Journalist*innen angegriffen oder belästigt haben: Während einer Demonstration Anfang Januar 2024 in Bukarest gegen die Entscheidung des Verfassungsgerichts, die Präsidentschaftswahlen 2024 für ungültig zu erklären, haben Demonstrant*innen ein Auto des Nachrichtensenders Antena3-CNN Observator demoliert. Sie versuchten, die Reifen des Autos zu zerstechen und die Nummernschilder abzureißen. Bei derselben Demonstration wurden auch mehrere Journalist*innen verbal und körperlich bedroht. Demonstranten warfen Brezeln und Wasserflaschen auf die Digi24-Reporterin Ioana Corneev und auf einen Kameramann, während diese live vor Ort berichteten.

Am 24. Januar 2025 wurden Journalist*innen und Kameraleute von Digi24 und Prima TV erneut von rechtsextremen Pro-Georgescu-Demonstranten belästigt. Während einer Live-Übertragung beschimpften die Demonstrierenden den Journalisten Valentin Stan als ›Lügner‹ und hinderten den Kameramann daran, weiter zu filmen. Ähnlich erging es einem Team von Prima TV.

Vergleichbare Szenen spielten sich am 9. März 2025 ab. Ein Digi24-Kleinbus wurde von Pro-Georgescu-Demonstranten umgekippt und schwer beschädigt. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Georgescu-Anhängern. Die Staatsanwaltschaft gab am 10. März bekannt, dass sie gegen vier Personen ein Strafverfahren wegen Störung der öffentlichen Ordnung eingeleitet hat.

Nicht nur die Anhänger der rechtsextremen Parteien greifen Journalist*innen an, auch die rechtsextremen Politiker*innen selbst gehen gegen Medienvertreter vor. Am 19. März 2025 kam es im Parlamentsgebäude zu einem Zwischenfall. Journalist*innen wollten Anamaria Gavrilă, die Vorsitzende der PÖT, zu einer Stellungnahme bewegen, nachdem sie mehrere Tage lang keine Fragen beantwortet hatte und Spekulationen über ihren Rückzug aus dem Präsidentschaftswahlkampf aufkamen. Laut offizieller Erklärung rief die Abgeordnete die Polizei und verwies auf »verbale Differenzen« mit den Medien. Die Ordnungskräfte stellten jedoch fest, dass die Journalist*innen ihre Arbeit legal ausübten, und erteilten der Vorsitzenden der PÖT eine Verwarnung. Während der Konfrontation filmte Gavrilă die Medienvertreter und rief wütend: »Das ist die Presse!« Auf Facebook inszenierte sie sich als Opfer aggressiver Journalisten. Als die PÖT-Vorsitzende am 6. Mai 2025 erneut von Journalist*innen in den Fluren des Parlaments angesprochen wurde, drohte sie: »Ihr seid eine aussterbende Spezies. Ich kann es kaum erwarten, euch verschwinden zu sehen.«

Mehr politischen Druck verspüren Journalist*innen auch bei ihrer täglichen Arbeit in den Redaktionen. Die Journalistin Monica Vasilescu von Realitatea Plus gab über einen Facebook-Post ihre Kündigung bekannt und begründete dies mit politischen Vorgaben. Vasilescu erklärte, dass sie angewiesen worden sei, Georgescu in den Nachrichtenbeiträgen unmittelbar nach dem 1. Januar 2025 Georgescu als »den gewählten Präsidenten« zu bezeichnen, was nicht der politischen Realität entsprach. Der Sender Realitatea Plus widersprach Monica Vasilescus Aussagen. Von der Entscheidung der Journalistin zu kündigen habe man erst durch ihren Facebook-Post erfahren. Niemand habe sie je gezwungen, gegen ihre Überzeugungen zu handeln.

Um zu erfahren, wie sich das Erstarken des Rechtsextremismus in Rumänien auf die journalistische Praxis auswirkt, haben wir mit zwei erfahrenen Journalistinnen gesprochen: E. C., Journalistin des Nachrichtenportals *Digi24.ro*, und L. B., Journalistin und Fernsehmoderatorin beim Sender Prima TV. In

ihrer journalistischen Arbeit treffen sie sowohl auf Politiker*innen der demokratischen Parteien als auch auf Vertreter*innen der extremen Rechten.

Die Interviewfragen berühren drei Themenbereiche: erstens Gefährdungen der Pressefreiheit, zweitens das Verhältnis zwischen rechtsextremen Politiker*innen und Journalist*innen, drittens die Auswirkungen auf die Öffentlichkeit. Wir haben so wertvolle Einblicke in den journalistischen Alltag erhalten und mehr über die Herausforderungen erfahren, denen Journalist*innen in ihrer täglichen Arbeit begegnen – vom politischen und wirtschaftlichen Druck, über verbale Angriffe bis hin zu Versuchen, unabhängige Berichterstattung zu verhindern und missliebige Journalist*innen auszuschließen.

Beide Journalistinnen sind der Meinung, dass das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Presse gefährdet sind. Das Vertrauen der Bürger*innen in Medien schwindet, extremistische politische Akteure wollen den unabhängigen, kritischen Journalismus ausschalten. Obwohl es sich nicht um explizite Zensur handelt, berichten beide Journalistinnen von Versuchen, die Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit der Presse zu untergraben. Beispiele dafür sind öffentliche Angriffe auf Medienunternehmen und -organisationen, deren Journalist*innen unbequeme Fragen stellen, zudem gezielte Verleumdungskampagnen und das Verbreiten von Verschwörungstheorien. E. C. veranschaulicht dies anhand einer persönlich erlebten Situation: Diana Șoșoacă, die Vorsitzende der Partei S.O.S., sagte über Dig24, als die Journalistin eine falsche Behauptung der Politikerin richtigstellte: »Dig24 – die, die Menschen getötet und sie gezwungen haben, sich impfen zu lassen.«

Politiker*innen der extremen Rechten greifen häufig auf Falschinformationen zurück, um die ihnen kritisch gegenüberstehende Presse zu diskreditieren, sowohl vor Ort während eines Interviews als auch in den sozialen Netzwerken. Dieses Lügen und Verdrehen von Tatsachen hat Auswirkungen auf das allgemeine Informationsklima, da professioneller Journalismus ständig in Frage gestellt ist und letztlich das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Medien untergraben wird. Dies scheint ein kalkulierter Schachzug zu sein. Mit der Strategie der Diskreditierung demokratischer Medien verlagern rechtsextreme Akteure die öffentliche und politische Kommunikation in die sozialen Medien, wo sie die vollständige Kontrolle über die verbreiteten Informationen ausüben können. Darüber hinaus können aufgrund der Algorithmen der sozialen Netzwerke Echokammern entstehen, die die Anhänger*innen rechtsextremer Parteien radikalieren, da sie nicht mehr mit Gegenmeinungen konfrontiert werden.

Beide Befragte spüren die feindliche Haltung gegenüber Journalist*innen. Die Rechtsextremen sehen sich als Gegner des ›Systems‹ und der ›korrupten Elite, die das Land regiert‹ (vgl. MUDDE 2007: 5). Vor ihren Anhänger*innen und potenziellen Wähler*innen inszenieren sie sich als die wahren Volksvertreter. Sowohl L. B. als auch E. C. erwähnen aggressives Verhalten, verbale Angriffe und

Einschüchterungsversuche seitens rechtsextremer Politiker*innen. Sie weigern sich, kritische Fragen zu beantworten und drohen den Journalist*innen. Wenn diese versuchen, Lügen zu widerlegen – etwa die Behauptung, ukrainische Kinder erhielten vom rumänischen Staat höhere Beihilfen als rumänische – scheut sich die rechtsextreme Abgeordnete Diana Șoșoacă nicht zu fragen, ob E. C. »die Geliebte von Marcel Ciolacu« (ehemaliger Ministerpräsident) sei, um sie als befangen zu diskreditieren.

Ein besonders offensichtlicher Angriff auf die Pressefreiheit zeigt sich in der Einschränkung des Zugangs bestimmter Medien zu Veranstaltungen oder Orten von öffentlichem Interesse. So untersagte George Simion am Abend der Präsidentschaftswahlen 2025 – dem wichtigsten politischen Ereignis des Jahres – den Journalist*innen von Antena 1, Antena 3 CNN und G4Media den Zutritt zum Wahlkampfhauptquartier. Zu anderen Medien haben die Rechtsextremen hingegen sehr gute Beziehungen, z. B. zum Sender Realitatea TV, der vom Nationalen Rat für audiovisuelle Medien wegen Verbreitung falscher Informationen mehrfach mit Geldstrafen belegt wurde, darunter eine Geldstrafe in Höhe von 200.000 Lei am 26.02.2025 und eine in Höhe von 100.000 Lei am 04.03.2025 wegen Falschinformation. Die gezielte Auswahl der Medienpartner macht die Beziehung zur Presse zu einem taktischen Instrument: Kritische Journalist*innen werden ausgeschlossen und angegriffen, während die gehorsame Presse zu einem Sprachrohr wird. So lassen die Antworten der Journalistinnen auf ein Verhältnis schließen, das von Ablehnung, Kontrolle und Instrumentalisierung geprägt ist. Seine Vermittlerrolle zwischen Politik und Bürger*innen könne der Journalismus nicht mehr uneingeschränkt wahrnehmen.

Auf die Frage, ob die Rhetorik und Haltung der rechtsextremen Politiker*innen den Mut der Journalist*innen, kritische Fragen zu stellen und frei zu berichten, in irgendeiner Weise beeinträchtigt, antwortet L. B., dass das Verhalten dieser Politiker*innen vielmehr die Solidarität unter den Journalist*innen fördere: Sie hätten sich zu einer Koalition der Presse gegen Manipulation zusammengeschlossen, bzw. zu einer Berufsgemeinschaft, die gemeinsame Werte teilt. L. B. betont, dass die Aggressivität und Feindseligkeit rechtsextremer Politiker*innen nicht zu einem Rückzug der Journalist*innen aus dem öffentlichen Raum geführt hätten.

Bezüglich des Einflusses auf die öffentliche Meinung sind sich L. B. und E. C. einig, dass extremistische Diskurse zwangsläufig die Öffentlichkeit erreichen. Dabei spielen soziale Netzwerke eine entscheidende Rolle, da sie eine schnelle Verbreitung der Botschaften ermöglichen und Manipulationsversuche erlauben. E. C. erinnert an die Kampagne #echilibrusivverticalitate (#Gleichgewichtund-Vertikalität), die Bots einsetzte und es schaffte, C lin Georgescu auf Platz 9 der Liste der politischen Kandidat*innen mit den meisten Followern auf TikTok zu bringen. Dies erleichtert die Schaffung einer loyalen Wählerschaft,

die Gegenargumente zurückweist, rechtsextreme Politiker*innen vergöttert und deren Aussagen übernimmt, ohne ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen, wodurch die Verbreitung falscher Informationen und Anschuldigungen in diesen Echokammern gefördert wird (vgl. BOBOC/BACIU 2025: 28).

Gleichzeitig sind sich die Journalistinnen einig, dass die verantwortungsbewussten Medien eine wesentliche Ausgleichsfunktion haben, indem sie Fakten überprüfen, Falschinformationen entlarven und Erklärungen liefern, die es den Bürger*innen ermöglichen, zwischen Wahrheit und Manipulation zu unterscheiden. Trotz dieser Bemühungen zeigen die Antworten der Interviewpartnerinnen, dass der Einfluss der sozialen Medien so stark ist, dass der traditionelle Journalismus ständig darum kämpfen muss, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Beide Journalistinnen sehen mit Sorge auf die schnelle Verbreitung extremistischer Botschaften via Social Media und die Anfälligkeit der Bevölkerung für extremistische Botschaften. E. C. behauptet, dass Online-Medien zumindest für einen Teil der Wähler*innen zur wichtigsten Informationsquelle geworden sind, und L. B. fürchtet, dass Journalist*innen und seriöse Medien die Verbreitung der Botschaften rechtsextremer Politiker nicht verhindern können. Zudem sind sich beide sicher, dass Onlinemedien die Art und Weise, wie rechtsextreme Narrative verbreitet und von den Bürger*innen verinnerlicht werden, grundlegend verändert haben.

Die Analyse der Interviews mit den Journalistinnen L. B. und E. C. zeigt, dass die Beziehung zwischen der extremen Rechten und den Medien in Rumänien von einer strukturellen Spannung geprägt ist, die über einzelne Vorfälle hinausgeht. Beide sind sich einig, dass die Pressefreiheit nicht offen eingeschränkt, sondern vielmehr durch subtile Mechanismen wie Manipulation, Desinformation und die Diskreditierung von Journalist*innen untergraben wird. Die Beziehung der Rechtsextremen zu den Medien ist feindselig: Kritische Publikationen werden ausgeschlossen und angegriffen, während die ihr untergebenen Medien zu Propagandakanälen geworden sind. Was den Einfluss auf die Öffentlichkeit betrifft, betonen beide Journalistinnen die zentrale Rolle der sozialen Netzwerke bei der Verbreitung extremistischer Botschaften und dem Entstehen von Echokammern. Doch zeugen die Antworten der Interviewten auch von Widerständigkeit: Die Journalistinnen geben ihre kritische Haltung nicht auf, sondern erkennen sogar eine Tendenz zur beruflichen Solidarität angesichts der Angriffe. Die allgemeine Schlussfolgerung lautet, dass es der extremen Rechten gelungen ist, Druck auf die Medien auszuüben und sie einzuschüchtern. Gleichzeitig hat diese Situation einen kollektiven Widerstand von Journalist*innen ausgelöst, die durch Faktenprüfung und Aufdeckung von Manipulationen die Funktion des Journalismus als Wächter der Demokratie zu festigen versuchen.

Fazit

Diese Erkenntnisse werfen die Frage auf, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit der Journalismus in Rumänien auch in Zukunft seine demokratischen Funktionen erfüllen kann. Die Bedeutung eines unabhängigen Journalismus ist weiterhin von entscheidender Bedeutung. Gerade in einer Zeit, in der automatisierte Informationssysteme und orchestrierte Desinformation die demokratische Kommunikation gefährden, ist der Zugang zu glaubwürdigen Nachrichten von zentraler Wichtigkeit (vgl. GROSS/SCHULTZ 2025).

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in Rumänien, des wachsenden Misstrauens gegenüber Medien und der Omnipräsenz rechtsextremer Narrative hängt die Zukunft des Journalismus in Rumänien ab von der Fähigkeit der Medienunternehmen und der demokratischen Institutionen, solide Mechanismen zum Schutz vor Manipulation und Desinformation zu schaffen.

Es bedarf einer klareren Regulierung digitaler Kommunikationsplattformen, insbesondere in Bezug auf politische Werbung und die Bekämpfung von Desinformation in sozialen Netzwerken, die zum wichtigsten Mobilisierungsinstrument der extremen Rechten geworden sind. Gleichzeitig erfordert die Stärkung des Qualitätsjournalismus Investitionen in die Professionalisierung der Redaktionen, mehr Transparenz bei der Medienfinanzierung und eine geringere Abhängigkeit von politischen oder wirtschaftlichen Ressourcen. Ein weiteres wesentliches Element ist die Förderung der Medienkompetenz der Bürger*innen, um sie gegenüber polarisierenden Narrativen widerstandsfähiger zu machen. Nach Gross und Schultz (2025) bietet das Prebunking als eine präventive Methode gegen Fehlinformationen einen vielversprechenden Ansatz zur Förderung der Medienkompetenz der Bürger*innen. Werden diese Ansätze konsequent verfolgt, können Medien ihre öffentliche Aufgabe erfüllen und den Radikalisierungsstrategien der extremen Rechten effektiv entgegenwirken.

Über die Autorinnen

Iulia Bârză (*2002) hat 2024 ihren Bachelor-Abschluss in Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit an der Fakultät für Politik-, Verwaltungs- und Kommunikationswissenschaften der Babeş-Bolyai Universität Cluj-Napoca, Rumänien, erworben. Derzeit studiert sie im Masterstudiengang Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Kontakt: iuliabarza@gmail.com / iulia.barza@stud.ubb-cluj.ro

Veronica Câmpian (*1981), Dr., ist Dozentin in der Abteilung für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung an der Fakultät für Politik-, Verwaltungs- und

Kommunikationswissenschaften der Babeş-Bolyai-Universität Cluj-Napoca, Rumänien. Sie forscht und lehrt zu Themen wie Medientheorien, Mediensprache und politische Kommunikation. Kontakt: veronica.campian@fspac.ro

Literatur

- BADER, SIMONA; SÎRB, CORINA (2022): Perspectives and challenges of Romanian independent media publishers. In: *Digitalne medijske tehnologije i društveno-obrazovne promene*, 10(1), S. 59–69.
- BĂLĂNESCU, BIANCA; PETRE, ANDREI (2025): Culture and Media amid Romania's Fight Against the Far-right. In: *Reset! network*. <https://reset-network.eu/culture-and-media-amid-romanias-fight-against-the-far-right/> (27.08.2025).
- BĂLĂŞESCU, MĂDĂLINA; ANGELOVA, VYARA; SURUGIU, ROMINA (2024): Commercial Television as a Blind Spot in Emerging Media Systems: Romania and Bulgaria's Cases. In: *Media and Communication*, 12, Artikel 7765. <https://doi.org/10.17645/mac.7765>
- BENNETT, W. LANCE; LIVINGSTON, STEVEN (2018): The disinformation order: Disruptive communication and the decline of democratic institutions. In: *European Journal of Communication*, 33(2), S. 122–139. <https://doi.org/10.1177/0267323118760317>
- BETZ, HANS-GEORG; JOHNSON, CAROL (2004): Against the Current – Stemming the Tide: The Nostalgic Ideology of the Contemporary Radical Populist Right. In: *Journal of Political Ideologies*, 9(3), S. 311–327. <https://doi.org/10.1080/1356931042000263546>
- BOBOC, ROXANA VARVARA; BACIU, ROBERT CRISTIAN (2025): Populist Narratives on Facebook: How the Far-Right Hijacks the Romanian Discourse on the Russo-Ukrainian War. In: *Romanian Journal of Communication and Public Relations*, 27(1), S. 25–51.
- BOSHNAKOVA, DESISLAVA; DANKOVA, DESISLAVA (2023): The Media in Eastern Europe. In: PAPATHANASSOPOULOS, STYLIANOS; MICONI, ANDREA (Hrsg.): *The Media Systems in Europe*. Cham: Springer, S. 163-190. https://doi.org/10.1007/978-3-031-32216-7_7
- BOTAN, MĂDĂLINA (2024): The Romanian Media System: Dynamics, Challenges, and Implications for Democracy. In: *Media and Communication*, 12(1). <https://doi.org/10.17645/mac.7847>
- BUCCI, GIANMARCO (2025): They came after us: mainstream left's response to the rise of the populist radical right in Romania and Bulgaria. In: *East European Politics*, 41(2), S. 1–20. <https://doi.org/10.1080/21599165.2025.2538482>

- CIVICUS MONITOR (2022): Far-right party starts smear campaign to «blacklist» critical media. In: *Civics Monitor*. <https://monitor.civics.org/explore/far-right-party-starts-smear-campaign-blacklist-critical-media/> (27.08.2025)
- CIVICUS MONITOR (2025): Romania in crisis ahead of presidential election rerun, protests become violent. In: *Civics Monitor*. <https://monitor.civics.org/explore/romania-crisis-presidential-election-rerun-protests-violent/> (27.08.2025).
- EATWELL, ROGER (2003): Ten Theories of the Extreme Right. In: MUDDE, CAS (Hrsg.): *The Populist Radical Right: A Reader*. Abingdon/New York: Routledge, S. 223–249.
- GERLI, MATTEO; MAZZONI, MARCO; MINCIGRUCCI, ROBERTO (2018): Constraints and limitations of investigative journalism in Hungary, Italy, Latvia and Romania. In: *European Journal of Communication*, 33(1), S. 22–36.
- GHINEA, CRISTIAN; MUNGIU-PIPPIDI, ALINA (2010): The case of Romania. In: *Background Information Report. Media Policies and Regulatory Practices in a Selected Set of European Countries, the EU and the Council of Europe*. San Domenico di Fiesole: European University Institute, Centre for Media Pluralism and Media Freedom, S. 309–324.
- GROSS, EDUARD-CLAUDIU; SCHULTZ, TANJEV (2025): Social-Media-Dynamik im rumänischen Präsidentschaftswahlkampf 2024–2025. Die disruptive Rolle von TikTok und die bleibende Bedeutung von Journalismus und traditionellen Medien. In: *Journalistik. Zeitschrift für Journalismusforschung*, 8(2), S. 203–222. DOI: <https://doi.org/10.1453/2569-152X-22025-15310-de>
- HALLIN, DANIEL C.; MANCINI, PAOLO (2004): *Comparing media systems. Three models of media and politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- KAISER, JONAS; RAUCHFLEISCH, ADRIAN; BOURASSA, NIKKI (2020): Connecting the (Far-)Right Dots: A Topic Modeling and Hyperlink Analysis of (Far-)Right Media Coverage during the US Elections 2016. In: *Digital Journalism*, 8(3), S. 422–441.
- LOVI, STEFANO (2025): How Disinformation Can Influence a Nation: The Case of Romania. In: *Studia i Analizy Nauk o Polityce*, 1(1), S. 27–44.
- MARINCEA, ADINA (2021): A Century of Struggles for a »Free Press«: Media Capture in Romania from National-Communism to Capitalism. Any Way Out? In: DASKALOVA, NIKOLETA; SITTING, HENDRICK (Hrsg.): *Three decades later. The Media in South East Europe after 1989*. Sofia: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 221–263.
- MCQUAIL, DENIS (2006): Media Roles in Society. In: CARPENTIER, NICO; VENGERFELD, PILLE; NORDENSTRENG, KARLE; HARTMANN, MAREN; VIHALEMM, PEETER; CAMMAERTS, BART (Hrsg.): *Researching Media, Democracy and Participation*. Tartu: Tartu University Press, S. 47–58.
- MUDDE, CAS (2017): Introduction to the Populist Radical Right. Zur Einführung in das Thema und die Forschungslage. In: MUDDE, CAS (Hrsg.): *The Populist Radical*

- Right: A Reader. Routledge Studies in Extremism and Democracy.* Abingdon/New York: Routledge, S. 1–33.
- PEDAHZUR, AMI; WEINBERG, LEONARD (2017): Modern European democracy and its enemies. The threat of the extreme right. In: MUDDE, CAS (Hrsg.): *The Populist Radical Right: A Reader. A collection of key texts on populist radical right parties.* London/ New York: Routledge, S. 242–259.
- PENTINA, IRYNA; TARAFDAR, MONIDEEPA (2014): From «information» to «knowing». Exploring the role of social media in contemporary news consumption. In: *Computers in Human Behavior*, 35, S. 211–223.
- PLEȘCA, LAURENȚIU; VASILACHE, LAURA-MARIA (2024): De la Vest la Est: răspândirea populismului și a mișcărilor extremiste. Consecințe pentru Uniunea Europeană în contextul războiului din Ucraina. In: *Polis. Revista de Științe Politice*, 12(45), S. 81–102.
- POPA, ALINA (2023): Cadrul legal – factor determinant în implementarea și promovarea audiovizualului. In: *Studia Universitatis Moldaviae. Seria Științe economice și ale comunicării*, nr. 1(151), S. 107–112.
- REINEMANN, CARSTEN; AALBERG, TORIL; ESSER, FRANK; STRÖMBÄCK, JESPER; DE VREESE, CLAES H. (2016): Populist Political Communication. Toward a Model of Its Causes, Forms, and Effects. In: Aalberg, Reporters Without Borders (2025): Romania. In: *RSF – Reporters Without Borders*. <https://rsf.org/en/country/romania> (27.08.2025).
- SURUGIU, ROMINA; IONESCU, LIANA (2018): Public Service Media in Romania: The Battle for Independence from Politics. In: FABIJANIĆ, DARIJA; SITTIG, HENDRIK (Hrsg.): *A Pillar of Democracy on Shaky Ground. Public Service Media in South East Europe.* Sofia: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 191–213.
- WIRZ, DOMINIQUE (2018): Persuasion through emotion? An experimental test of the emotion-eliciting nature of populist communication. In: *International Journal of Communication*, 12, S. 1114–1138.
- ZIMMERMANN, FABIAN; KOHRING, MATTHIAS (2020): Mistrust, disinforming news, and vote choice. A panel survey on the origins and consequences of believing disinformation in the 2017 German parliamentary election. In: *Political Communication*, 37(2), S. 215–237.